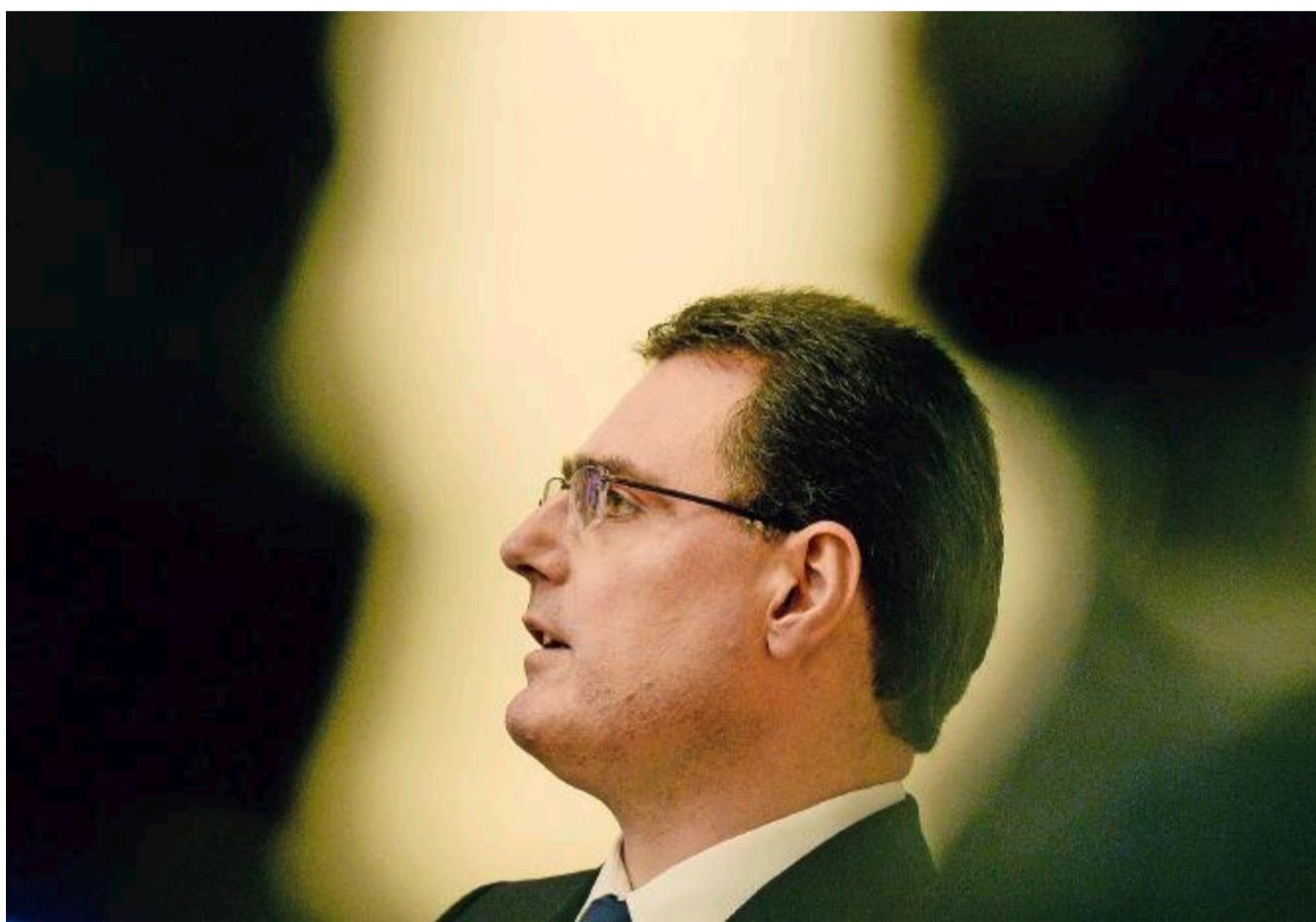


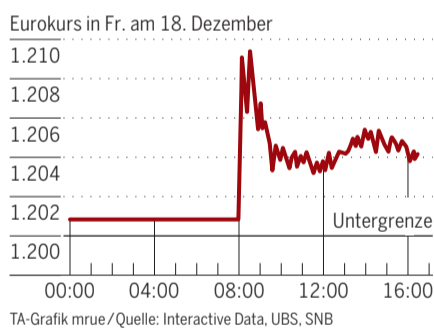
um den Franken

künftig mit einem Strafzins.
Fluchtgeld im Fokus der Notenbank.

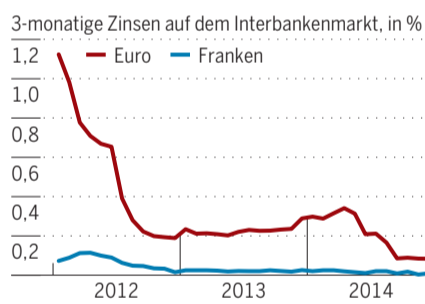


«Ein Quäntchen Magie»: Nationalbank-Präsident Thomas Jordan gestern in Zürich. Foto: Walter Bieri (Keystone)

Marktreaktion auf die Negativzinsen



Annäherung der Schweizer und der europäischen Zinsen



Gross- und Kantonalbanken unter Freibetragsgrenze



Sparer haben vorerst nichts zu befürchten

Die SNB hofft, dass Banken die Negativzinsen primär auf Grosskunden abwälzen. Die Institute äussern sich diesbezüglich zurückhaltend.

Simon Schmid und Steven Giger

Nationalbankpräsident Thomas Jordan rechnet nicht damit, dass Privatpersonen und KMU in der Schweiz einschneidende Konsequenzen der neuen Negativzinspolitik zu tragen haben. «Ich gehe davon aus, dass es für die Banken keinen Sinn ergibt, von Kleinsparern Negativzinsen zu verlangen», sagte er gestern. «Die Kosten, Kleinsparer zu belasten, dürften relativ hoch sein.»

UBS, Credit Suisse, die Zürcher Kantonalbank, Postfinance und Raiffeisen gaben nach dem Zinsentscheid der SNB denn auch Entwarnung. «Zum jetzigen Zeitpunkt können wir keine Aussage dazu machen, wie sich dies konkret auf die Zinsen auf den Sparkonten auswirken wird», sagte Mediensprecher Johannes Möri zum TA. Es sei aber nicht vorgesehen, Negativzinsen auf Kundenkonten einzuführen. Auch die Raiffeisen-Bank sagt, dass Sparer nicht mit Negativzinsen rechnen müssten.

Die Zürcher Kantonalbank wird nach eigenen Angaben den Negativzins nicht auf Privatkunden abwälzen. «Privatkunden und KMU werden von den Massnah-

men nicht betroffen sein», sagte Pressesprecherin Evelyne Brönnimann.

Die UBS schliesst Gebühren und negative Zinsen nicht direkt aus, sagt aber, dass Negativzinsen aktuell kein Thema seien. «Zum heutigen Zeitpunkt ist die Einführung für Retailkunden nicht geplant», sagt Kommunikationsleiterin Susanne Mühlemann. «Derzeit plant die Credit Suisse keine Einführung von Negativzinsen auf Sparguthaben», heisst es auch bei der anderen Grossbank.

Die Migros-Bank erklärt, dass der Zinsschritt der SNB zu einem generellen Druck auf Zinsen führen werde. Es sei für die Bank aber noch zu früh, um spezifische Folgen zu beziffern. «Aktuell lässt sich noch nicht sagen, ob und inwieweit die Migros-Bank die Zinssenkung der SNB auf einzelne Produkte und Kundengruppen umlegt», so Urs Aeberli, Mediensprecher der Migros-Bank.

Grosskunden bereits betroffen

Gemäss Angaben der einzelnen Institute liegen die Sparzinsen derzeit zwischen 0,05 Prozent (UBS) und 0,3 Prozent (Migros-Bank). Die SNB dürfte darauf zählen, dass die Banken es nicht riskieren werden, Privatkunden durch die Belastung von Negativzinsen zu verlieren. Ein anderer Faktor sind die Freibeträge, welche die SNB den Geschäftsbanken gewährt. UBS, Credit Suisse und Raiffeisen gaben gestern an, dass ihre jeweiligen Einlagen bei der SNB unter der dazugehörigen Schwelle lägen.

Die ZKB hat bereits eine sehr hohe Liquiditätsposition, wie sie sagt. Sie werde daher im Interbankenmarkt und gegenüber professionellen Anlegern für kurzfristige Liquiditätszuflüsse nicht zur Verfügung stehen, teilte die grösste Kantonalbank mit. Das bedeutet, dass die ZKB Gelder von anderen Banken oder professionellen Anlegern unter Umständen ablehnen wird. «Die Zürcher Kantonalbank kann und wird mit der Rückweisung von Zuflüssen oder mit Konditionenanpassungen auf Einzelgeschäfte reagieren», schreibt die Bank.

Die Reaktion würde dem gestern von Thomas Jordan skizzierten Verhalten entsprechen. Er rechnet mit einer «marginalen» Anpassung der Kreditkonditionen von Banken gegenüber Grosskunden und untereinander.

Im Eurowährungsraum verlangt die Europäische Zentralbank bereits seit mehreren Monaten einen Strafzins auf die überschüssige Liquidität von Banken. Institute wie die Commerzbank haben darauf reagiert und belegen etwa die Cash-Einlagen von grösseren Firmenkunden mit einer zusätzlichen Gebühr. Davon betroffen sind auch institutionelle Kunden, etwa Pensionskassen.

Aus Dänemark ist bekannt, dass sich Bankdienstleistungen während der Phase negativer Zentralbankzinsen zwischen Juli 2012 und April 2014 verteuert hatten. Um die zusätzlichen Kosten wettzumachen, begannen Banken, höhere Zinsen auf Kredite zu verlangen.

Politiker warnen vor höheren Mieten und Gebühren

Politiker befürchten, dass der Entscheid der Nationalbank den Mittelstand treffen könnte. Sie sehen aber auch Chancen.

Stefan Häne

Wie ist die Massnahme der Nationalbank zu werten? Unter Finanzpolitikern im Bundeshaus gehen die Meinungen dazu auseinander. SP-Ständerätin Anita Fetz zeigt sich «erleichtert», dass die Nationalbank die Untergrenze des Frankens verteidigt. Unter einer Aufwertung des Frankens würde vor allem die Exportwirtschaft leiden, so Fetz. «Es gingen Tausende von Arbeitsplätzen verloren.» Im Lager der Linken besteht gleichwohl die Befürchtung, dass die Massnahme den Mittelstand treffen könnte, namentlich die Mieter: «Jede Zinssenkung führt zu steigenden Immobilienpreisen und damit entsprechend höheren Mieten», sagt SP-Nationalrätin Jacqueline Badran. Umso mehr müsse nun der nicht renditeorientierte Wohnungsbau vorangetrieben werden. Der grünliberale Nationalrat Thomas Maier hingegen sieht für den Immobilienmarkt keine ausgeprägten zusätzlichen Risiken, da das Zinsniveau ohnehin schon sehr tief sei.

Auch bürgerliche Politiker orten mögliche finanzielle Nachteile für die Bevölkerung. SVP-Nationalrat Thomas Aeschi rechnet zwar nicht damit, dass die Banken die Negativzinsen den Kleinsparern weitergeben werden. Viel wahrscheinlicher sei die Erhebung einer Jahresgebühr von beispielsweise 100 Franken für Sparkonti. Auch CVP-Ständerat Pirmin Bischof zeigt sich um den Mittelstand besorgt, sollten die ohnehin schon tiefen Sparzinsen ins Negative kippen. Er traut es der Nationalbank jedoch zu, diesen «heiklen Punkt» bei ihren Zinsentscheidungen genügend zu gewichten.

Die Schweizerische Bankiervereinigung geht davon aus, dass die Spareinlagen von Privaten bei den Banken kaum betroffen sein werden. Thomas Sutter, Mitglied der Geschäftsleitung, mahnt dennoch, die Negativzinsen müssten sofort rückgängig gemacht werden, sobald sich die Lage entspanne. Dies fordern auch bürgerliche Politiker. Sie set-

zen auch Fragezeichen hinter die Wirksamkeit der Massnahme. Für FDP-Nationalrat Andrea Caroni etwa ist es fraglich, wie stark die Negativzinsen angesichts der hohen Freibeträge effektiv wirken werden. CVP-Ständerat Bischof bezeichnet den Entscheid zwar als «erklärbar», taxiert ihn aber gleichwohl als «Griff in den Giftschränk». Noch schlimmer wären seiner Ansicht nach indes Einschränkungen des freien Kapitalverkehrs.

Verständnis für den Schritt der Nationalbank zeigt Economiesuisse. Die Nationalbank sende ein «klares Signal», dass sie die Wechselkursuntergrenze mit allen Mitteln verteidigen wolle - ein Signal, das in den Finanzmärkten an-



«Der Entscheid ist zwar erklärbar, aber gleichwohl ein Griff in den Giftschränk.»

Pirmin Bischof
Ständerat, CVP



«Jetzt muss der Wohnungsbau, der nicht auf Gewinn aus ist, vorangetrieben werden.»

Jacqueline Badran
Nationalrätin, SP

gekommen sei. Der Wirtschaftsdachverband hält dies gerade in turbulenten Zeiten wie jetzt für entscheidend. Eine Aufwertung des Frankens, so warnt er, würde die Anpassungsfähigkeit der Exportindustrie überfordern und wirtschaftlich solide und wettbewerbsfähige Unternehmen sowie die Preisstabilität in der Schweiz gefährden.

Als Chance bezeichnet der Verband Angestellte Schweiz den Beschluss der Nationalbank. Negativzinsen würden die Vergabe von Krediten ankurbeln und diese sehr günstig machen. Der Verband fordert die Unternehmen deshalb auf, in Projekte zu investieren und so Arbeitsplätze zu schaffen.

Nationalbank

Ein Déjà-vu? Nicht ganz

Bereits in den 70er-Jahren war der starke Franken ein Problem. Zur Lösung setzte man erst auf Negativzinsen, dann auf einen Mindestkurs.

Michael Soukup

Der Entscheid der Schweizerischen Nationalbank (SNB), Negativzinsen einzuführen, ist ein Griff in die Mottenkiste. Die Schweiz hat damit langjährige und unterschiedliche Erfahrungen gemacht. Letztmals in den 70er-Jahren, als eine weltweite Währungskrise herrschte, die in einem Dollarabsturz gipfelte und zum Zusammenbruch des Bretton Woods genannten Fixkurs-Wechselsystems führte.

Um den zunehmend kostspieligen Vietnamkrieg zu finanzieren, warfen die Vereinigten Staaten die Druckmaschine an und überschwemmten die Welt mit Dollar - mit der Folge, dass die amerikanische Währung immer weniger dem fixierten Gold-Dollar-Standard entsprach und das Vertrauen in die Leitwährung dramatisch schwand.

Das Nachsehen hatten sichere Anlegerhäfen wie die Schweiz, die von ausländischem Kapital überflutet wurden. Dies führte zu einer importierten Inflation, die die Nationalbank wegen des Fixkurs-Wechselsystems nicht bekämpfen konnte. Allein zwischen dem 3. und 5. Mai 1971 flossen der SNB Dollarbeträge im Wert von 3,2 Milliarden Franken zu. Als Reaktion auf die massive Flucht aus dem Dollar schlossen erst Deutschland und dann unter anderem

auch die Schweiz am 5. Mai ihre Devisenmärkte. Im August gaben die USA die Goldkonvertibilität des Dollars auf, was schliesslich zum Zusammenbruch des Systems auf Basis der Goldwährung führte. Nun bekam die Schweiz zwar die Inflation in den Griff, doch die Exportwirtschaft ächzte unter dem starken Franken.

Ende 1971 beschloss der Bund mit Unterstützung der SNB und der Banken als Gegenmassnahme die sogenannte Devisenbann-Wirtschaft. Dabei handelte es sich um eine Mischung, bestehend aus einem Verbot, ausländische Gelder in Schweizer Wertpapieren und Grundstücken anzulegen, und Negativzinsen für kurzfristige ausländische Guthaben in Franken.

Der Coup von 1978

Die Massnahmen erwiesen sich jedoch als sehr bürokratisch und leicht zu umgehen. Die erwünschte Wirkung blieb aus: Der Dollar fiel von 4.33 Franken im Jahre 1971 auf 1.47 Franken sieben Jahre später. So kam es zum «Coup von 1978», wie es der Wirtschaftshistoriker Tobias Straumann nennt.

Im Oktober 1978 kündigte die Nationalbank einen Mindestkurs von 80 Rappen pro Deutsche Mark an und begann, massiv Franken aufzukaufen. Der nutzlose Negativzins und die übrigen Massnahmen hingegen wurden aufgehoben. Dieses Vorgehen erwies sich als ungenügend erfolgreich: Der DM-Kurs pendelte sich bei 90 Rappen ein und verharnte auf diesem Stand bis zur Einführung des Euro. Ob sich der Coup von 1978 heutzutage in umgekehrter Reihenfolge wiederholen lässt, wird sich weisen müssen.